

4710/AB XX.GP

Zur gegenständlichen Anfrage führe ich folgendes aus:

Von meinem Ressort sind keine derartigen Maßnahmen geplant, weil derzeit keinerlei gesetzliche Grundlage besteht, eine solche Meldepflicht einzuführen. Es ist auch nicht beabsichtigt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, weil eine derartige Meldepflicht nach Expertenmeinung nicht als geeignete Maßnahme zur Steigerung des Organaufkommens bewertet wird.

Überdies handelt es sich bei der konkreten Beurteilung, ob eine Person als potentieller Organspender in Betracht kommt, um eine rein medizinisch - fachliche Frage, die einer Überprüfung durch eine externe Stelle, wie zum Beispiel dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen, nicht zugänglich wäre.